



# Königsseer Resolution

vom 07. Mai 2002

1. zur Daseinsvorsorge in Europa
2. zur Rolle der Gemeinden in einer zukünftigen Europäischen Verfassung
3. zur Zukunft der europäischen Kohäsions- und Regionalpolitik sowie der Gemeinschaftsinitiativen

Die EuRegio Salzburg - Berchtesgadener Land - Traunstein  
mit ihren 91 Gemeinden aus Bayern, Salzburg und Oberösterreich,  
den beiden Landkreisen Berchtesgadener Land und Traunstein,  
der Wirtschaftskammer Salzburg  
sowie Privatpersonen  
als Mitgliedern

fordert

nach gemeinsamer, grenzüberschreitender Diskussion und Abstimmung in ihrer Mitgliederversammlung, dem EuRegio-Rat, und mit vereinter Stimme

den Präsidenten des Europäischen Parlaments,  
den Präsidenten der Europäischen Kommission,  
den Präsidenten des Ausschusses der Regionen,  
den Präsidenten des Europäischen Konvents,  
den Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland,  
den Bundeskanzler der Republik Österreich,  
den Ministerpräsidenten des Freistaats Bayern,  
den Landeshauptmann des Landes Salzburg und  
den Landeshauptmann des Landes Oberösterreich

auf, für folgende Anliegen Sorge zu tragen:

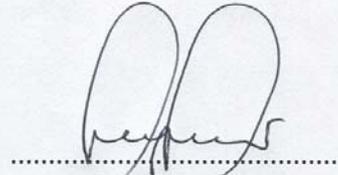
1. Die fortschreitende Liberalisierung im Europäischen Binnenmarkt insbesondere hinsichtlich der Leistungen zur Daseinsvorsorge ist zurückhaltend zu begleiten. Öffentliche Aufgaben mit Ortsbezug müssen, sofern sie nicht der Bundes- oder Landesgesetzgeber an sich gezogen hat, bei den Kommunen verbleiben. Die sichere und qualitätsvolle Erfüllung von Pflichtaufgaben, wie z.B. der Wasserversorgung oder der Abwasserentsorgung, darf, zum Wohle aller Bürgerinnen und Bürger, nicht dem Prinzip der Gewinnmaximierung unterworfen und damit evtl. gefährdet werden. Es ist daher dringend erforderlich, auf europäischer Ebene deutlicher als bisher sicherzustellen, dass neben Wettbewerbsvorschriften Gemeinwohlverpflichtungen zuverlässig geregelt sind. Artikel 16 EG-Vertrag bringt diesen Gedanken klar zum Ausdruck. Bewusst wurde er im Vertrag von Amsterdam (1999) unter dem Titel „Grundsätze“ neu eingefügt. Aus diesem Grunde muss er Politik und Gesetzgebung in allen Bereichen und auf allen Ebenen leiten.
2. Den Kommunen muss in einer zukünftigen Europäischen Verfassung eine ihren starken Selbstverwaltungsrechten entsprechende, wichtige Rolle zukommen. Zum einen berührt der europäische Integrationsprozess deren Kompetenzen und zum anderen spielen sie eine bedeutende Rolle bei der Umsetzung von europäischem Recht. So können die Prinzipien Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit in eine effektive und gehaltvolle kommunale Selbstverwaltung in Europa einfließen. Es ist daher unabdingbar, auch im Vertrags- und Verfassungsrecht der EU eine feste Verankerung kommunaler Selbstverwaltung und lokaler Autonomie vorzunehmen.
3. In der Zukunft der europäischen Kohäsions- und Regionalpolitik muss die EU-Gemeinschaftsinitiative INTERREG auch nach 2006 fortgeführt werden, und dies insbesondere auch an den heutigen jungen Binnengrenzen (so wurde die deutsch-österreichische Grenze erst 1995 Binnengrenze und nach der Osterweiterung werden weitere hinzukommen). Nur so kann dort die erfolgreiche Arbeit zum Abbau wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Barrieren auch noch nach 2006 fortgesetzt werden. Um eine effizientere Abwicklung und Durchführung von INTERREG in der Region zu ermöglichen sowie eine Grundlage für eine angemessene Mittelausstattung zu bieten, sollte die Gemeinschaftsinitiative dabei als eigenständiges politisches Ziel der EU und mit eigenen, von den Strukturfonds unabhängigen Bedingungen definiert werden.

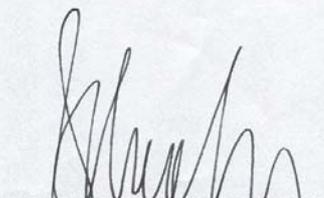
Königssee, den 07. Mai 2002

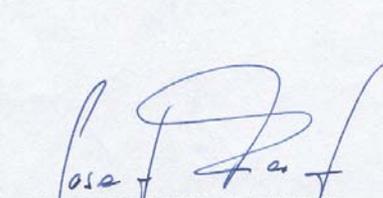
Das Präsidium:

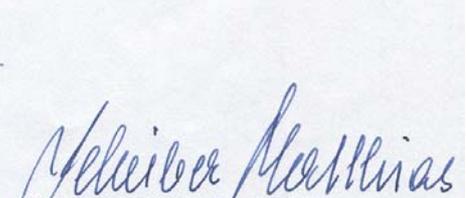
  
.....  
**Hermann Steinmaßl**  
Präsident  
und Landrat des Landkreises Traunstein

  
.....  
**Reg.-Rat Andreas Kinzl**  
Vizepräsident  
und Bürgermeister der Stadt Oberndorf

  
.....  
**Georg Grabner**  
Landrat des Landkreises Berchtesgadener Land

  
.....  
**Dr. Heinz Schaden**  
Bürgermeister der Stadt Salzburg

  
.....  
**Josef Flatscher**  
Bürgermeister der Stadt Freilassing

  
.....  
**Matthias Scheiber**  
Bürgermeister der Gemeinde Leogang und Abgeordneter zum Salzburger Landtag